

GEMEINDEWAHLEN NOVEMBER 2014

Mehr EVP für die Berner Gemeinden!

In Moutier, Reconvilier, Rüeggisberg, Rüeggsau, Steffisburg, Thun und Tramelan stehen am 30. November wichtige kommunale Wahlgänge bevor.

Sehr erfreulich ist die Tatsache, dass sich die EVP in **Rüeggisberg**, **Rüeggsau** und **Tramelan** erstmals an kommunalen Wahlen beteiligt.



Heidi Anderes, Jonas Baumann, Susanne Gygax, Melanie Beutler-Hohenberger

In der Stadt **Thun** will die EVP an das sensationelle Resultat der Grossratswahlen vom vergangenen Frühling anknüpfen. Damals baute die EVP ihren Wählendenanteil von 7,3 auf 9,4 Prozent aus. Wenn es gelingt, ein vergleichbares Resultat auch bei den Gemeindevahlen zu erzielen, winken im Stadtrat bis zu zwei zusätzliche Mandate. Als Spitzenkandidierende engagieren sich die zwei Stadtratsmitglieder Heidi Anderes und Jonas Baumann sowie Parteipräsidentin Susanne Gygax und Grossrätin Melanie Beutler-Hohenberger. Susanne Gygax kandidiert als EVP-Vertreterin zudem auf der überparteilichen Mitte-Liste für den Gemeinderat.

Auch die EVP **Steffisburg** will an das hervorragende Resultat der Grossratswahlen – hier konnte sich die EVP gar um 3,3 auf 13,1 Prozent steigern – anknüpfen und bei den Wahlen vom 30. November zulegen. Für die Exekutive stellt sich Gemeinderat Lorenz Kopp (Foto) für eine weitere Amtszeit zur Verfügung. Bei den Wahlen in den Grossen Gemeinderat kandidieren neben den Bisherigen Margret Bachmann, Lukas Gyger und Thomas Schweizer unter anderen auch Corina Bänziger sowie Parteipräsident Patrick Bachmann.



In **Rüeggsau** will die EVP bei ihrer ersten Wahlteilnahme sogleich in den Gemeinderat einziehen. Als engagierter Kandidat stellt sich auf der EVP-Liste Daniel Oberli für einen Sitz in der Exekutive.



Über die Wahlteilnahmen der EVP in **Moutier**, **Reconvilier** und **Tramelan** wird im französischsprachigen Teil (hinterste Seite) ausführlich berichtet.

Lukas Zimmermann-Oswald
Projektleiter Gem.-Wahlen EVP BE

Parolen zum 30. Nov. 2014

	Abschaffung der Pauschalbesteuerung	JA
	Ecopop-Initiative	NEIN
	Gold-Initiative	NEIN



Nachdem im vergangenen Frühling die #EVP Rüeggis als weltweit erste Partei über die Social-Media-Plattform Twitter gegründet wurde, will die EVP in **Rüeggisberg** nun auch in der realen Welt Fuss fassen und mit Christina Hiltbrunner zum ersten Mal einen Sitz im Gemeinderat gewinnen.



VOLKSABSTIMMUNG 30. NOVEMBER 2014

Nein zur Ecopop-Initiative

Am 30. November kommt die Ecopop-Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» zur Abstimmung.

Die Initiative verlangt die Begrenzung des Bevölkerungswachstums und Investitionen in freiwillige Familienplanung als

Teil der Entwicklungshilfe. Die EVP Schweiz beschloss mit 67 zu 7 Stimmen klar die Nein-Parole, weil die Initiative keine Probleme lösen und der Wirtschaft schaden würde und weil isolierte Einzelmassnahmen in der Entwicklungshilfe erwiesenermassen nicht zielführend sind.

Weitere Infos auf Seite 3

Le PEV aussi en lice à Tramelan

Plusieurs élections communales se dérouleront cet automne dans le Jura bernois. Quelques membres et sympathisants du PEVJB se mettront au service de la collectivité et feront acte de candidature. Déjà présent à **Reconvilier** (exécutif) et à **Moutier** (législatif), le PEV tentera de faire son entrée au Conseil général de **Tramelan** (législatif).

A lire en page 8

Durch Liebe angetrieben

Kürzlich habe ich einen Satz gehört, der mich zum Nachdenken brachte: «Wenn Leben in Gemeinschaft dich begeistert, dann wirst du keine Gemeinschaft bauen. Wenn jedoch die Liebe die treibende



Kraft ist, die Liebe für deine Nächsten, dann wirst du Gemeinschaft bauen.»

Als Familie sind wir seit einiger Zeit auf dem Weg, Gemeinschaft neu zu entdecken. Was hat Gemeinschaft für eine Kraft, was für einen Sinn und Zweck, wo fordert die Bibel uns gar zur Lebensgemeinschaft auf? Da stiess ich auf einen kürzlich fertig gestellten Film über gemeinschaftliches Leben (www.leben-in-gemeinschaft.ch) und hatte eine Antwort auf meine im Gebet gestellte Frage, ob ich überhaupt zur Lebensgemeinschaft im grösseren Sinne geeignet sei: Die Liebe zu unserem Nächsten soll uns antreiben, nicht die pure Freude an Gemeinschaft. So gelingt die Lebensgemeinschaft auf Dauer, ähnlich einer Ehe, über die guten und schlechten Zeiten hinweg. Die gleiche Liebe zum Nächsten treibt uns idealerweise auch in der Politik an. Es sind nicht in erster Linie die Geeigneten, die Politik-Interessierten oder die Intellektuellen, die gute Rahmenbedingungen für ein gesellschaftliches Zusammenleben schaffen sollen. Sondern es sind diejenigen berufen wertvolle Rahmenbedingungen zu schaffen, die ihre Nächsten lieben und ihnen im biblischen Sinne mit ihrer politischen Gabe dienen wollen. Auf dass Leben ganzheitlich gelingen kann.

Melanie Beutler-Hohenberger
Stadtratskandidatin Thun,
Grossrätin

«Eine erfüllte und spannende Zeit»

Nach gut sechsjähriger Tätigkeit im Kantonsparlament trat Bildungspolitiker Daniel Steiner-Brütsch aus Langenthal als EVP-Grossrat zurück. Grund dafür ist seine neue berufliche Aufgabe als Institutsleiter und Schulleitungsmitglied an der Pädagogischen Hochschule Bern.

Herzliche Gratulation zu deiner Wahl als neuer Leiter des Instituts Vorschulstufe und Primarstufe an der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern). Was genau sind deine Aufgaben?

Ich bin für die operative Führung des Instituts Vorschulstufe (Kindergarten) und Primarstufe (1. bis 6. Schuljahr) der PHBern mit rund 170 Mitarbeitenden und 670 Studierenden verantwortlich und in dieser Funktion auch Mitglied der Schulleitung der PHBern. Die Institutsleitung beinhaltet u. a. die Organisation und Koordination der Lehre und der Forschung, Personalmanagement, Personalentwicklung und Personalbeurteilung, die Vertretung des Institutes nach aussen und die Finanzplanung des Instituts.

Infolge deines neuen Amtes bist du per Ende Oktober 2014 aus dem Grossen Rat zurückgetreten. Schwingt da ein bisschen Wehmut mit?

Nein, Wehmut schwingt bei meinem Rücktritt nicht mit. Einerseits habe ich mich ja aus freien Stücken entschieden, als Grossrat zurückzutreten, da ich Rollenkonflikte zwischen dem Grossratsmandat und der neuen beruflichen Tätigkeit vermeiden wollte. Andererseits habe ich das Grossratsmandat sehr engagiert ausgeführt, so dass ich nach sechs Jahren dankbar auf eine erfüllte und spannende Zeit im Grossen Rat zurückschauen kann.

Was waren dein grösster Erfolg und deine grösste Enttäuschung im Kantonsparlament?

Mein grösster Erfolg: Als Präsident der zuständigen Grossratskommission habe ich 2011/12 die Revision des Volksschulgesetzes massgeblich mitgeprägt. Die Kernpunkte des revidierten Volksschulgesetzes sind die Einführung des obligatorischen, zweijährigen Kindergartens, die Möglichkeit zur Führung von Basisstufenklassen und die kantonale Mitfinanzierung der

Schulsozialarbeit. Die grösste Enttäuschung: Zweimal hat der Grosse Rat Vorstösse von mir zur Einführung von Ergänzungsleistungen für arme Familien überwiesen. Nach mehrjähriger Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage durch eine grossräthliche Spezialkommission machte das Parlament aber eine bedauerliche Kehrtwende und trat im letzten Juni nicht einmal mehr auf das Geschäft ein, obwohl eine vertretbare, abgespeckte Umsetzungsvariante vorlag.



Daniel Steiner

Wirst du nach deinem Rücktritt als Grossrat weiterhin politisch aktiv bleiben?

Ja, ich werde vorderhand weiterhin auf kommunaler Ebene politisieren. Einerseits bleibe ich Mitglied des Stadtrates von Langenthal, andererseits werde ich mich weiterhin als Präsident der EVP Langenthal engagieren.

Interview: Philippe Messerli



Veranstaltungsidee

Das EVP-Frauen Netzwerk Kanton Bern (FNW) schlägt vor:

- Unternehmen Sie mit Ihrer Ortspartei einen Ausflug ins Bundeshaus mit reservierter Führung durch unsere Nationalrätin Marianne Streiff-Feller. Ein gemeinsames Foto auf dem Bundesplatz rundet diesen Event gebührend ab.
- Laden Sie unsere Berner EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller (marianne.streiff@parl.ch) an Ihre nächste Parteiversammlung ein. Gerne erzählt sie von ihrer Tätigkeit im Parlament.

Fraktionsausflug

Am Rande der Septembersession (siehe Seite 5) ging die EVP-Grossratsfraktion bei schönem Sommerwetter auf ihren Fraktionsausflug ins Oberland. Nach einer sehr interessanten Führung durch die Stiftung Pluspunkt im Restaurant Lamm in Thun genoss die Gruppe einen Imbiss und hausgemachte Glace. Die zweite Station war ein Besuch an der Kander. Die eindruckliche Schlucht, die der Fluss seit dem Kanderdurchstich vor 300 Jahren ausgehoben hat, konnte aus grosser Höhe vom Steg im Hani aus bestaunt werden. Frau Annelies Friedli, die das Renaturierungsprojekt betreut hatte, wies auf spannende Details der Umgestaltung hin. In Wimmis angekommen, ging es in die Produktionshalle der Wenger Fenster AG. Die Maschinen der Hightech-Fensterproduktion gaben viel zu diskutieren und boten einen Einblick in die heutige Berufswelt. Nach einem Apéro durften die Grossratsmitglieder einen wunderschönen Abend mit Sonnenuntergang bei Thomas Bettler auf der Meielisalp geniessen.



Abendstimmung auf der Meielisalp.

Markus Wenger, Grossrat

Goldinitiative – gefährliche Medizin

Die Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» verlangt einen konstanten Anteil an Goldreserven zu halten und diesen ganz in der Schweiz zu lagern.



Markus Aerni

Die Goldinitiative würde unsere Volkswirtschaft in erhebliche Fieberschübe versetzen! Aus den vielen möglichen

Gründen sei hier ein wichtiger erwähnt: Die Schweizerische Nationalbank leistete in den letzten Jahren hervorragende Arbeit und konnte mit sorgfältig abgewogenen Massnahmen den Frankenkurs auf mindestens 1.20 gegenüber dem Euro halten. Das bewahrte die Schweiz – insbesondere unsere Exportwirtschaft – davor, allzu tief ins Krankenbett der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu fallen. Würde die Goldinitiative angenommen, müsste die

SNB gemäss Fachleuten für 63 Milliarden Franken Gold zukaufen (20% aller Reserven), das sie nicht mehr verkaufen könnte. Dieses Geld wäre demnach für alle Zeiten gebunden, und je mehr Fremddevisen zur Stützung des Frankens gekauft werden müssten, umso mehr müsste der Schweizer Goldberg ansteigen.

Das Folgeszenario

Die Folge wäre, dass der Franken-Euro-Kurs von 1.20 wegen fehlender Mittel nicht gehalten, der Franken an Wert wieder zunehmen und die Exportwirtschaft zusätzlich gehemmt würde. Gleichzeitig wäre die Schweiz mit den neuen Goldreserven für ausländische Investoren noch attraktiver. Die Franken-Aufwärts-Spirale würde sich weiter und weiter drehen. Nicht auszudenken, welche Grippe-Erscheinungen unsere schon strapazierte Wirtschaft dann zeigen würde! Die EVP-Delegierten lehnen die Initiative mit 71 zu 1 Stimme ab.

Markus Aerni, Unternehmer, Stadtratskandidat, Thun

Pauschalbesteuerung abschaffen



Barbara Streit

Die Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» fordert klipp und klar ein Verbot von Steuerprivilegien für natürliche Personen. Eine Besteuerung nach Aufwand soll nicht mehr zulässig sein.

Vom heutigen System der Pauschalbesteuerung können ausländische Milliardäre profitieren, die in der Schweiz nicht erwerbstätig sind. Statt das effektive Einkommen bzw. Vermögen dieser Personen zu besteuern, wird eine Pauschale aufgrund der mutmasslichen Lebenshaltungskosten – eine Steuer nach Aufwand – erhoben. Dieser Pauschalbetrag setzt sich aus dem siebenfachen Mietwert bzw. den dreifachen Pensionskosten sowie einem Mindesteinkommen von 400 000 Franken zusammen. Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz unterstützt die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung mit 73 zu 5 Stimmen deutlich. Argumente für die Initiative:

– Die Pauschalbesteuerung steht

in krassem Widerspruch zum Verfassungsgebot der Steuergerechtigkeit.

Sie schafft ein Zweiklassensystem und fördert Günstlingswirtschaft.

- Die betroffenen Milliardäre leben vor allem wegen der hohen Lebensqualität in der Schweiz. Viele von ihnen werden auch bei einer Abschaffung nicht wegziehen.
- Allfällige Steuerausfälle durch Wegziehende werden durch die höheren Abgaben der Verbleibenden bzw. von Neuzuziehenden zumindest ersetzt.
- Die tiefe Besteuerung einiger Privilegierter nützt der breiten Volkswirtschaft kaum. Im Gegenteil: Die Bodenpreise steigen.
- Die Pauschalbesteuerung zieht Steuerflüchtlinge an und sorgt für ein schlechtes Image der Schweiz im Ausland.

Barbara Streit-Stettler, Grossrätin, Bern

Nein zur Ecopop-Initiative

Die Volksinitiative fordert einen neuen Artikel in die Bundesverfassung, der dem Staat die Aufgabe überträgt, die Bevölkerungszahl so zu organisieren, dass die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gewährleistet ist.

Dieses Ziel soll durch Einwirken auf die ausländischen Regierungen auch in anderen Ländern erreicht werden. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit soll auch die Familienplanung durch Schweizer Steuergelder explizit gefördert werden.

Ich empfehle Ihnen, zusammen mit der erdrückenden Mehrheit der EVP-Delegierten, diese

Initiative abzulehnen. Der Platz reicht hier nicht um meine Argumente umfassend darzulegen.

Deshalb beschränke ich mich auf eine Aufzählung der wichtigsten Gründe:

- Die Initianten präsentieren nicht eine Initiative, welche den Ressourcenverschleiss der hier lebenden 8 Millionen Menschen reduzieren will. Sie

verlagern das Problem und wollen ungeachtet der Folgen für unser Land die Grenze der Zuwanderung hochziehen.

- Eine genau gleiche Scheinlösung präsentieren sie im zweiten Teil des Initiativtextes zum Thema Dritte Welt: Anstatt dort die wahren Gründe der hohen Geburtenraten zu bekämpfen, nämlich die Armut und das tiefe Bildungsniveau, wollen Sie mehr Verhütungsmittel verteilen.
- Was zum Kuckuck soll eine Verankerung von Kampagnen für freiwillige Empfängnisverhütung in Drittweltländern

in unserer schweizerischen Bundesverfassung?

- Für eine Initiative, die kein einziges Problem löst, ist der Preis viel zu hoch. Deshalb ist sie auch das falsche Mittel um irgendwelche Zeichen zu setzen.



Marianne Streiff

Marianne Streiff-Feller, Nationalrätin

Philippe Messerli, Nidau

Philippe Messerli ist Mitglied des Grossen Rats und des Nidauer Stadtrats, den er dieses Jahr auch präsidiert.

Philippe, bist du ein Bieler?

Jein, ich lebe seit 1973 in Nidau, dem schönen Städtchen «neben» Biel, und bin hier stark verwurzelt. Allerdings habe ich meine ersten vier Lebensjahre in Biel verbracht, wo ich seit 13 Jahren auch arbeite. Am liebsten bezeichne ich mich jedoch als Seeländer, womit ich meine Verbundenheit zur ganzen Region ausdrücke.

Nah von Nidau verläuft die Sprachgrenze. Bist du ein Bilingue?

Meine Mutter kommt aus dem Berner Jura und mein Vater ist auch zweisprachig aufgewachsen. In meinen ersten vier Lebensjahren habe ich

nur französisch gesprochen. Nach dem Umzug nach Nidau habe ich mit meinen Spielkameraden im Quartier nach und nach Deutsch gelernt und ging schliesslich in die deutsche Schule. Ich schätze es sehr, beide Sprachen zu beherrschen und mich in beiden Kulturkreisen zu bewegen.

Nidau hat auch Anteil am Bielersee und im Stadtwappen einen Krebs und einen Fisch. Isst du gerne Fisch?

Fisch esse ich in der Tat fürs Leben gerne, am liebsten natürlich frische Egliflets aus dem Bielersee! Wasser spielt in Nidau eine zentrale Rolle, deshalb auch der Krebs und der Fisch im Wappen. Das Stadtzentrum liegt auf einer Insel, umschlossen von See, Aare und Zihl. Ich selber liebe es, mich im und am Wasser zu bewegen.

Dürfen wir etwas zu deinem privaten Umfeld erfahren?

Ich bin seit 2006 glücklich mit meiner Frau Brigitte verheiratet, und wir teilen uns unsere Wohnung mit zwei Stubentigern. Kirchlich sind wir in der Landeskirchlichen Gemeinschaft Jahu in Biel engagiert. Neben meiner beruflichen und politischen Tätigkeit lese ich sehr gerne und bereise mit meiner Frau leidenschaftlich gerne die Schweiz per Bahn, Bus und Schiff. Unser grösster Wunsch ist uns jedoch bis jetzt verwehrt geblieben: eigene Kinder.

Du politisierst im Stadtrat (Parlament) von Nidau und bist 2014 dessen Präsident. Gehst du neben der Politik auch einem Broterwerb nach?

Beruflich arbeite ich zu je 50% als Co-Geschäftsführer der EVP Kanton Bern und als Kundenberater bei Energie Service Biel/Bienne, dem städtischen Energiewerk. Ende März wurde ich nach vier Jahren Unterbruch wieder in den Grossen Rat gewählt. Um die Belastung zu reduzieren, habe



ich meine Stelle bei der Stadt Biel per Ende Oktober gekündigt. Ich werde mich nun beruflich

ganz der Kantonalpartei und meinem Grossratsmandat widmen. Ich habe also mein Hobby, die Politik, zum Beruf gemacht.

Was würdest du – ungeachtet von Zeit und Geld – gerne einmal unternehmen?

Mein Traum wäre, mit einem Forscherteam eine längere Studienreise durch ganz Europa zu unternehmen, um den Einfluss der Bibel und des Christentums auf Geschichte, Politik, Bildung und Kultur zu erforschen und damit mehr über unsere Wurzeln und Identität zu erfahren.

Interview:
Peter Wichtermann

KURZ-NEWS KANTON BERN

Aus den EVP-Sektionen

Fernwärme-Interpellation

Die Burgdorfer Stadträtin Tabea Bossard-Jenni wollte in einer Interpellation wissen, mit welchen Energieträgern die Fernwärme-Anlagen des Energieversorgers Localnet AG betrieben werden und ob die Möglichkeiten der Wärmekraftkoppelung genutzt werden. In der Antwort weist die Localnet AG darauf hin, dass die Anlagen primär mit Holzschnitzeln (100% erneuerbar) und v.a. für den Spitzenbedarf zusätzlich mit Erdgas und Biogas betrieben werden. Die Wärmekraftkoppelung wurde ebenfalls geprüft, wäre aber wegen der schwankenden



Tabea Bossard-Jenni

Auslastung weder effizient noch wirtschaftlich. Die Details finden Sie auf www.evp-burgdorf.ch.

Sammeltag in Vechigen

Am 1. November sammelte die EVP Vechigen im Dorfzentrum Boll alte Velos für Afrika und alte elektronische Geräte für ein Langzeitarbeitslosenprojekt. Die Stiftung «Velos für Afrika» (www.velosfuerafrika.ch) wird die gesammelten Fahrräder für den Transport bereit machen, nach Afrika verschiffen und dort Menschen für den Unterhalt dieser günstigen Transportmittel schulen. Im Beschäftigungsprogramm «recy-worb» (www.recy-worb.ch) werden alte Elektrogeräte in die Einzelteile zerlegt, um die wertvollen Rohstoffe wiederzuverwerten.

Kunstrasen in Zollikofen

Der Grosse Gemeinderat stimmte mit Unterstützung der EVP der

umfassenden Sanierung des Sportplatzes im Geisshubel zu. Statt auf Naturrasen kann der Trainings- und Spielbetrieb für 21 Mannschaften (davon zwei Frauenteams) künftig auf Kunstrasen abgewickelt werden. Die höheren Investitionskosten im Vergleich zum Naturrasen werden durch kürzere Bauzeit, fast doppelte Benutzungszeit je Saison, längere Lebensdauer, bessere Planbarkeit (keine wetterbedingten Verschiebungen) und günstigere Unterhaltskosten wettgemacht. Der FC Zollikofen mit seinen über 400 Mitgliedern beteiligt sich mit beachtlichen 50 000 Franken an den Gesamtkosten und tut auch sonst einiges fürs Gemeinwohl: Mit dem Fussball fordert und fördert er Fairness, Fitness, Solidarität und Teamgeist und leistet er auch einen wichtigen Beitrag zur Integration von Kindern, Aktiven und Familien mit Migrationshintergrund.

Besichtigung und Bräteln in Konolfingen

Rund 25 Mitglieder und Freunde folgten der Einladung der EVP Konolfingen zur Betriebsbesichtigung der Kaffeefirma G. Berger AG. Gewürzt mit zahlreichen Anekdoten aus der langen Firmengeschichte führte Betriebsinhaber Walter Hostettler durch den Betrieb und erläuterte die Produktionsprozesse. Die interessierten Zuhörer/innen stellten viele Fragen und genossen zum Abschluss einen feinen Apéro. Am traditionellen Spiel- und Brätlinachmittag in der Freizeitanlage Alte Fischzucht erlebten rund 35 Kinder und Erwachsene einen bunten und vergnüglichen Nachmittag. Gemeinderat Hansjörg Kurt orientierte über die aktuellen Geschäfte, insbesondere die Abklärungen zum neuen Feuerwehrmagazin.

Harte Linie im Grossen Rat



Niklaus Gfeller

Die Septembersession 2014 wurde ausserordentlich kurz und konnte schon nach einer Sitzungswoche abgeschlossen werden. Die EVP musste dabei einige Dämpfer in Kauf nehmen.

Ein wichtiges Geschäft für die EVP-Fraktion war ein Postulat von **Markus Wenger** zum Thema «Anpassung der Lohnskala». Aus EVP-Sicht benachteiligt das heutige Lohnsystem die jüngeren Mitarbeiter, während ältere



Markus Wenger

Angestellte vergleichsweise wesentlich besser gestellt sind. Dieses Modell entspricht damit nicht den altersbedingten Lebensbedürfnissen. Markus Wenger wollte deshalb den Regierungsrat beauftragen, das Gehaltssystem

mit geeigneten Massnahmen anzupassen, so dass in der ersten Hälfte der Erwerbszeit eine – gegenüber der heutigen Ausgangslage – verbesserte, bedarfsgerechtere Lohnsituation resultiert. Leider lehnte der Grosse Rat diesen Vorstoss auf Antrag des Regierungsrates mit 88 Nein zu 56 Ja ab.

In einem Vorstoss wollte **Patrick Gsteiger** den Regierungsrat beauftragen, die Massnahme «Erhöhung der Klassengrössen» im Rahmen des Sparpakets ASP bis 2017 auf Eis zu legen



Patrick Gsteiger

und dann erst zu beurteilen, ob an der Massnahme festzuhalten sei. Da die Rechnung 2013 mit einem Einnahmenüberschuss von 253 Millionen Franken abgeschlossen hat, sei die Dringlichkeit dieser Massnahme nicht mehr gegeben. Auch diesen Vorstoss lehnte der Grosse Rat mit 85 Nein gegen 56 Ja ab.

Barbara Streit-Stettler forderte in einer Motion den Regierungsrat auf, Einbürgerungsgesuche, die vor der Abstimmung über die Initiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeeempfängern» eingereicht wurden, noch nach dem alten Einbürgerungsgesetz zu prüfen. Es sei ungerecht gegenüber den Gesuchstellenden, die ihre Gesuche vor der Abstimmung eingereicht hatten, dass diese nun schon nach den neuen Bestimmungen beurteilt werden. Der Grosse Rat lehnte diesen Vorstoss mit 77 Nein gegen 66 Ja ab.



Barbara Streit

Unser Fraktionskollege **Daniel Steiner-Brütsch** wurde am Ende der Septembersession aus dem Rat verabschiedet (vgl. Interview Seite 2). Der 41-jährige EVP-Bildungspolitiker wird neu Institutsleiter und Mitglied der Schulleitung der PH Bern und gibt daher auf Ende Oktober sein Grossratsmandat ab. Er gehörte dem Kantonsparlament seit sechs Jahren an und machte sich dort als Bildungspolitiker einen Namen. Er hat in dieser Zeit in einer ganzen Reihe von Kommissionen mitgearbeitet und bei der Änderung des Volksschulgesetzes 2011/12 als Kommissionspräsident gewirkt. Er hat in dieser Zeit gesamthaft 49 Vorstösse eingereicht, die meisten davon betrafen Anliegen zur Bildung.



Daniel Steiner

Niklaus Gfeller
Grossrat und Gemeindepräsident,
Worb

UNTERNEHMENDE IN DER EVP

Jonas Baumann-Fuchs

Der Thuner EVP-Stadtrat gründete und führt die Sozialfirma Pluspunkt in Thun. Gesellschaftliche Herausforderungen sind sein Terrain, darum bringt er sich auch politisch und praktisch ein.

Für welche gesellschaftlichen Herausforderungen bietet die Stiftung Pluspunkt Lösungen an?

Unser Schwerpunkt sind innovative, individuelle und integrative Wohn-, Freizeit- und Arbeitsangebote. Wir bieten soziale und wirtschaftliche Integrations-Trainingsprogramme an, von intensiver Betreuung bis hin zu ambulanten Elementen. Die Betriebe Gasthof zum Lamm, Glacenet (Produktion von Glace), die Lebensmittelproduktion und auch Gartenwohl (Gartenunterhalt) orientieren sich am Markt, müssen wirtschaftlich, aber auch agogisch absolut auf der Höhe sein.

Lohnt sich das wirtschaftlich und erfolgsbezogen?

Wir sparen mit Sicherheit Steuern, denn eine Nichtintegration ist deutlich kostspieliger, ganz abgesehen von der Würde des Menschen, die da auch zu thematisieren ist. Unser Ziel ist eine Integrationsquote von 66%, das schaffen wir schon ganz gut. Dabei müssen wir uns alle die Frage stellen, was erfolgreiche Integration auf das Individuum und die Gesellschaft bezogen bedeutet. Eine Klientin, die 17-mal in der Klinik war, nun stabilisiert ist und nur noch selten in die Klinik muss, kostet volkswirtschaftlich so deutlich weniger und ist integrierter.

Du hast in gut zwei Jahren ein Unternehmen mit über 40 Mitarbeitenden aufgebaut. Was treibt dich an?

Ich arbeite gerne, schätze Leidenschaft und Sinnhaftigkeit und suche konsequent die Innovation, Kreativität und stetige Verbesserungen. Ich bin überzeugt davon, dass die soziale Arbeit dringend weitere Veränderungen braucht. Wir müssen unsere stets knapperen Gelder so optimal wie nur möglich einsetzen und vermehrt über Erfolgsmessungen nachdenken. Da kommt mir mein Studium bei Prof. Dr. Klaus Grawe, dem Guru der Wirksamkeitsforschung in der Psychotherapie, sehr zugute.

Welche Wünsche hast du an die Politik?

Die Vergleichbarkeit von Dienstleistungen in der sozialen Branche ist nach wie vor sehr schlecht gegeben, was teils zu unschönen Exzessen mit «Blick»-Schlagzeilen führt und der Bran-



che sehr schadet. Subventionen sind oft nicht die richtige Lösung. Wenn ein Wohnheim den Platz für CHF 30.– anpreist, leiden wir darunter, dass wir anscheinend teuer sind. Dass bei den CHF 30.– der Kanton die restlichen Kosten übernimmt, wird oft selbst von Fachpersonen nicht verstanden. Fakt ist: Unser umfangreiches Angebot ist sehr kostenoptimiert und sogar günstiger als andere Angebote.

Interview: Beatrice Gerber,
www.stiftung-pluspunkt.ch

Aktivitäten der EVP

AUS DEM NATIONALRAT AUS DER EVP SCHWEIZ

Schutz religiöser Minderheiten

Viele Staaten haben sich international zum Schutz der Religionsfreiheit verpflichtet. Trotzdem werden die Rechte religiöser Minderheiten vielerorts mit Füßen getreten. EVP-Nationalrätin Marianne Streiff will den Bundesrat und die Verwaltung mit einer Motion dazu verpflichten, die Religionsfreiheit in allen internationalen Kontakten und Gremien zu thematisieren und mehr für den Schutz religiöser Minderheiten zu tun.

Uran im Dünger

Die Kantonschemiker warnen vor zu viel mit dem Dünger eingebrachtem Uran in unseren Böden. Marianne Streiff erkundigte sich in der Fragestunde, was der Bundesrat dagegen unternimmt.

Zulassung von Ärzten

Der Bundesrat stellte für 2014 eine Vernehmlassungsvorlage für



Maja Ingold

die Zulassungsregelung von neuen Arztpraxen in Aussicht. Die Zürcher EVP-Nationalrätin Maja Ingold hakte in der Fragestunde nach, wann

damit zu rechnen ist und wie die Lösung aussehen könnte.

Landgrabbing geht weiter

Der rasant fortschreitende weltweite Aufkauf riesiger Ackerlandflächen, das sogenannte «Landgrabbing», verschärft den Hunger und fördert die industrielle Landwirtschaft mit fatalen sozialen und ökologischen Konsequenzen. Maja Ingold wollte verhindern, dass die auch mit Schweizer Steuergeldern unterstützten Entwicklungsbanken dabei mitmachen. Ihr Postulat wurde denkbar knapp mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Zweite Gotthard-Röhre

Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat einer zweiten Röhre für den Gotthard-Strassentunnel zu – mit nur einer geöffneten Spur pro Fahrtrichtung. Der Alpenschutz ist für die EVP nicht verhandelbar, sie will aber auch finanzielle Überlegungen, die Erhöhung der Sicherheit und die Anliegen der Tessiner mit einbeziehen. Das Referendum ist beschlossen; das letzte Wort wird das Volk haben.

Neues Corporate Design

Zusammen mit einer Werbeagentur hat das Generalsekretariat nach zehn Jahren ein neues Corporate Design für die EVP entwickelt.

Es wird laut Generalsekretär Joel Blunier «hell, frisch und zeitgemäss», damit es auch von der jungen Generationen verstanden wird. «Es war an der Zeit, eine Auffrischung vorzunehmen», ist auch Parteipräsidentin Marianne Streiff überzeugt. Das neue Parteiprogramm ist bereits im neuen Design erschienen.



Joel Blunier

AUS DEN KANTONEN

Neuer Kantonsrat in Zürich

Der Winterthurer Nik Gugger rückte für die zurückgetretene Ruth Kleiber in den Zürcher Kantonsrat nach. Um zeitliche Engpässe zu vermeiden, trat er aus dem Gemeinderat (Stadtparlament) zurück. Nik Gugger wird 2015 bei den Regierungsratswahlen kandidieren. Bereits acht Monate vor den Wahlen warb er mit einem innovativen LED-Plakat an der Autobahn für seine Kandidatur. Da die Wahlkampfbudgets immer höher würden, sei ein früher Start für einen Kandidaten einer Kleinpartei absolut richtig, findet Politik-Experte Mark Balsiger.

Das Lieblingsstück

Wer kennt es nicht, dieses Lieblingsstück. Für die einen ist es eine Tasche oder ein Kleidungsstück, z.B. eine wollene Jacke, für die anderen ein bewährter Füllfederhalter, die Lieblingskaffeetasse oder der bewährte Sessel im Wohnzimmer. Typisch an diesen Lieblingen ist, dass sie oft schon in die Jahre gekommen sind und vom Gebrauch geprägt die eine oder andere Blessur tragen. Das macht sie aber erst recht einzigartig und erkennbar – sie könnten Geschichten erzählen. Die heutige Wegwerf-Gesellschaft ist ja eigentlich auf anderes ausgelegt. Ein neues Stück kommt billiger und scheint attraktiver als eine Reparatur. Wer in sein will, hat immer die neuste Version in perfekter Qualität verfügbar.

Haben Sie sich schon mal geachtet, wie Sie mit Ihrem Lieblingsstück umgehen? Es hat einen besonderen Platz in Ihrer Umgebung. Verändert es sich durch äussere Einflüsse, nehmen Sie dies sofort wahr, sie spüren es förmlich. Sie tragen Sorge zu Ihrem Liebling, Sie möchten die gewohnte Geborgenheit noch lange spüren. Unvorstellbar, dieses Stück einfach gegen ein Neues ohne Geschichte einzutauschen.

Wie gehen wir heute mit unseren Ehen um? Im Stil der Wegwerf-Gesellschaft? Oder tragen wir Sorge, weil wir die einzigartige Geborgenheit noch lange spüren wollen? Weil wir Letzteres wollen, führten wir in Thun wiederholt

einen Ehekurs durch (siehe www.feggwatt.ch > Ehekurse oder www.ehekurs.ch). Die Pflege der Ehe ist zwar eine Herausforderung, aber ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen: Es lohnt sich, damit wir uns länger an unseren Liebsten erfreuen können!



Hans Kipfer

Hans Kipfer, Grossrat
Stadtratskandidat Thun

IMPRESSUM

Redaktionsadresse:

Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern
Tel. 031 991 78 91, bevp@evp-be.ch

Inserate:

Philippe Messerli, info@evp-be.ch
Mediendaten:
www.evp-be.ch > Parteizeitung

Geschäftsstelle: EVP Kanton Bern
PF 294, 3000 Bern 7; info@evp-be.ch
Tel. 031 352 60 61 (Mo, Mi Morgen, Do)

Adressänderungen: Bitte schriftlich an
Werner Rieder (EVP Schweiz, Postfach 294,
3000 Bern 7; werner.rieder@evppev.ch)

Jahresabonnement:

Mitglieder: Fr. 5.–; Freunde / Gönner: Fr. 3.–
Postcheck 30-20312-1 (EVP)

Druckerei: W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen:

Atelier Passage,
Müllerstrasse 3,
2562 Port,
www.atelier-passage.ch,
info@atelier-passage.ch,
Tel. 032 331 66 55



Messekoordinator/in gesucht

Die EVP Kanton Bern sucht eine/n Freiwillige/n als Messekoordinator/in zur Unterstützung der Geschäftsstelle bei Messeauftritten (BEA, OHA usw.).

Haben Sie Organisationstalent, übernehmen gerne Verantwortung und sind eine kommunikative Person mit Teamgeist? Dann melden Sie sich für nähere Infos bitte bei

Philippe Messerli, Co-Geschäftsführer, E-Mail info@evp-be.ch,
Tel. 031 352 60 61.



Finanzielle und ethische Themen

Angesichts der katastrophalen Ereignisse, die weltweit Tausende von Menschen um ihre Existenz, ja um ihr Leben bringen, sie in die Armut und in die Flucht treiben, mit tödlichen Viren anstecken oder ihnen alle Rechte und Würde nehmen, standen die Diskussionen in der Herbstsession manchmal schon in einem merkwürdigen Licht da.

Religiöse Minderheiten werden verfolgt, das Christentum soll aus dem Irak vertrieben werden, Ebola weitet sich beängstigend aus, es gibt Millionen von Menschen auf der Flucht (davon alleine im Libanon 1 Million auf 4 Millionen Einwohner!). Die Schwere unserer eigenen, nicht unbedeutenden Probleme, relativiert sich im Vergleich dazu massiv. Eine ganz kleine Auswahl von Geschäften der letzten Session:

Wieder einmal wurde die **Abschaffung des Eigenmietwerts** verlangt. Die Grünen verlangten die gleichzeitige Aufhebung sämtlicher Abzüge, die GLP energetische Sanierungen in Abzug bringen zu

können. Beide Motionen wurden jedoch deutlich abgelehnt. Mein leider auch abgelehnter Kompromissvorschlag vom November 2012 wäre nach wie vor die beste Lösung. Zu guter Letzt unterstützte der Nationalrat mit 93 zu 90 Stimmen knapp einen SVP-Vorstoss mit folgendem Inhalt: Liegenschaftsbesitzer sollen entscheiden können, dass der Gebrauch der Immobilie am Wohnsitz nicht der Einkommenssteuer unterliegt, der Eigenmietwert also nicht versteuert werden soll. Dieser geht nun an den Ständerat.

Die **Präimplantationsdiagnostik (PID)** – Untersuchungen, die dem Entscheid darüber dienen, ob ein durch In-vitro-Fertilisation er-

zeugter Embryo in die Gebärmutter eingepflanzt werden soll oder nicht – soll in der Schweiz erlaubt werden. Wenn es nach dem Parlament ginge, sollen nun künftig alle künstlich erzeugte Embryos vor der Einpflanzung in den Mutterleib einem Chromosomen-Test unterzogen werden dürfen. Da wird eine rote Linie eindeutig überschritten: Dieser Entscheid öffnet Tür und Tor für die Selektion zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben und erhöht den Druck auf werdende Eltern massiv. Die EVP hat beschlossen, das Referendum gegen die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG) zu ergreifen.

Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative Jean-François Steiert (SP/FR) mit 112 zu 59 Stimmen bei 10 Enthaltungen gutgeheissen, die verlangt, dass für pflegende Angehörige die Pauschalentschädigung für die **Hilfe und Pflege zu Hause** steuerfrei ist.

Wie gewohnt finden Sie den ausführlichen Bericht zur Session samt den Vorstössen der EVP-Nationalrätinnen auf meiner Website: www.marianne-streiff.ch.

*Marianne Streiff-Feller,
Nationalrätin*

EVP KANTON FREIBURG

Debatte ums Islam-Zentrum

In der Herbstsession stritt sich der Freiburger Grosse Rat über das geplante nationale «Zentrum für Islam und Gesellschaft» – ein Weiterbildungsmodul für islamische Betreuungspersonen und interessierte Menschen, die in ihrem Umfeld mit Muslimen zu tun haben.

Zehn Grossräte aus den Reihen der SVP, CVP und FDP verlangten die Verhinderung des Projekts. Die 52 Gegenstimmen (gegenüber 38 Projektbefürwortern) reichten aber nicht, um einen Stopp durchzusetzen. Im mit 110 Grossräten besetzten Kantonsparlament hätte es dafür 56 Stimmen gebraucht. Das Projekt befindet sich noch im Aufbau. Bestehende Angebote an Schweizer Hochschulen werden gegenwärtig geprüft und mögliche Partner für die Umsetzung kontaktiert. Gegner machen finanzielle Argumente geltend und befürchten zudem, dass das Zentrum ein erster Schritt zu einer ganzheitlichen Imam-Ausbildung

wäre und Moslems dadurch unerwünscht viel Einfluss in der Gesellschaft gewinnen würden. Befürworter sehen die Chance, den Islam aus den Moscheen vermehrt an die schweizerische Öffentlichkeit zu bringen, und hoffen auf Dialog, Selbstreflexion, mehr gegenseitiges Verständnis und eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Islam im schweizerischen Kontext. Zur Klärung einiger offener Fragen verfasste der EVP-Vorstand einen Brief ans Rektorat der Uni Freiburg. Die Antwort steht noch aus.

Veranstaltungen im Kanton
Am 23. August fand die Delegiertenversammlung



Teilnehmende des Herbstausflugs 2014.

der EVP Schweiz in Freiburg statt. Staatsrätin Marie Garnier bereitete den EVP-Mitgliedern mit ihrer sympathischen Art einen warmen Empfang. Danach wurden die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November beschlossen (siehe Seite 3).

Die neu gegründete Sektion Süd-Freiburg organisierte am 6. September den Besuch des Wasserkraftwerks «Electrobroc» in Broc. Dieses versorgt etwa 13 500 Haushalte mit Strom. Nach einleitenden Kurzfilmen ging es an einer kleinen, aber beeindruckenden Ausstellung

samt Wasserkraftwerkmodell zur Besichtigung der Turbinen und zu einer «knalligen» Demo in einem Raum für Blitzsimulationen.

Die EVP Freiburg nahm Stellung zu den kantonalen Vernehmlassungen über das Waldgesetz und den Tag der Zweisprachigkeit. Weitere Informationen finden Sie auf www.evpev-fr.ch und www.facebook.com/pev-sudfribourg.

Mediendienst EVP FR



JURA BERNOIS

L'importance de l'échelon communal

Pour le PEV, la foi chrétienne doit aussi s'exprimer par un engagement politique concret. C'est notamment sur le terrain local que des femmes et des hommes travaillent ensemble à préparer l'avenir et donnent un visage humain au parti.

Ville de Moutier

Interface a été créé en 2010. Ce groupe de centre-gauche est constitué de Prévôtoises et de Prévôtois qui partagent des affinités et des valeurs de vie. Bousculant les traditions pour permettre un débat citoyen ouvert et libre, les membres

d'Interface sont en dehors des clivages partisans établis et s'engagent pour le bien de la ville et pour une collaboration constructive avec les partis en place.

Manuel Gsteiger (PEV), qui a présidé le Conseil de Ville en 2012, fait partie des chevilles ouvrières de ce groupe. Il sera candidat à l'Exécutif et au Législatif sous les couleurs d'Interface, aux côtés d'une belle palette de candidates et candidats. Visitez le site www.interface-moutier.ch.



Manuel Gsteiger

Reconvilier

Conseillère municipale en charge de la santé et de la prévoyance sociale, **Cornelia Vaucher** (PEV) se présente en vue de sa réélection. Le parti évangélique propose également une liste pour la Commission scolaire.



Cornelia Vaucher

Tramelan

Les citoyennes et citoyens de Tramelan renouvèleront également leurs autorités en 2014. Pour la première fois,



Jan Muggli



Werner Liechti

Le PEV déposera une liste pour le Conseil général (législatif). Avec les candidatures de **Jan Muggli, Werner Liechti** et Isabelle Geiser-Gerber, le PEV entend bien faire son entrée dans le parlement de ce village de près de 4500 habitants.

PEV Jura bernois

VOTATIONS FÉDÉRALES DU 30 NOVEMBRE

Oui à l'équité fiscale

Le 30 novembre 2014, le peuple suisse va se prononcer sur trois initiatives populaires. Le PEV vous propose un oui à l'abolition des forfaits fiscaux et un non aux initiatives d'Ecopop et sur l'or.

OUI à l'initiative populaire fédérale «Halte aux privilèges fiscaux des millionnaires»: Des privilèges fiscaux pour les personnes physiques sont inadmissibles et représentent une entrave importante au principe de l'équité fiscale. L'imposition forfaitaire viole l'exigence constitutionnelle stipulant que les impôts sont dépendants des performances économiques. L'équité fiscale verticale et horizontale doit être garantie. Les multimillionnaires étrangers ne doivent pas être privilégiés par rapport aux Suisses.

NON à l'initiative populaire «Halte à la surpopulation – Oui à la préservation durable des ressources naturelles (Ecopop)»: Elle demande la limitation de la croissance de la population ainsi que des investissements supplémentaires en faveur du planning familial volontaire en tant qu'aide au développement international. L'initiative nuit aux besoins économiques de la Suisse et l'expérience en matière de coopération au développement montre que des mesures isolées ne sont pas adéquates.

NON à l'initiative populaire «Sauvez l'or de la Suisse»: L'initiative veut obliger la Banque nationale suisse (BNS) à détenir au moins 20% de ses actifs sous forme d'or ne pouvant être vendue et demande le

stockage de toutes les réserves d'or en Suisse. Les conditions proposées seraient trop contraignantes pour la BNS. Le maintien de la stabilité des prix et un cours minimum vis-à-vis de l'Euro seront rendus considérablement difficile.

PEV CH

En bref

Le diagnostic préimplantatoire (DPI)

Le PEV dénonce clairement les modifications de la Loi sur la procréation médicalement assistée (LPMA). Le PEV Suisse a pris cette décision après que le Conseil d'Etat a renoncé à sa position restrictive concernant le diagnostic préimplantatoire (DPI) pour suivre le Conseil national. Le PEV est déjà en discussion avec les associations concernées, organisations et partis afin de mettre sur pied une large coalition contre le DPI.

Protéger les minorités religieuses

Les conseillers nationaux Marianne Streiff (PEV), Philipp Hadorn (PS) et Erich von Siebenthal (UDC) ont déposé quatre interventions sur le thème de la liberté de religion et la protection des minorités religieuses. Les massacres récents de chrétiens et de yazidis en Irak et en Syrie et la discrimination mondiale croissante envers les minorités religieuses en sont la cause. Les motionnaires requièrent que le Conseil Fédéral agisse plus pour leur protection.

PEV CH

Mots d'ordre du 30 nov. 2014

	Abolition des forfaits fiscaux	OUI
	«Halte à la surpopulation»	NON
	Initiative sur l'or	NON